

Oberbürgermeister Dr. Felix Schwenke  
Berliner Straße 100  
63065 Offenbach

**Ansprechpartner:**  
Uli Breuer: (0179) 6909\*\*\*  
Roland Schäfer: (0172) 6820\*\*\*  
Walter Schmidt: (0152) 21512\*\*\*

in Kopie an  
Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung

**Spendenkonto:**  
IBAN: DE76 5009 0900 5148 1976 00  
BIC: GENODEF1P06

**11.05.2019**

## Informationsfreiheitssatzung für Offenbach

Sehr geehrter Herr Dr. Schwenke,  
sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,

zuletzt hatten wir uns mit Schreiben vom 19.06.2018, kurz nach Inkrafttreten des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes (HDSIG) an Sie gewandt, um die Schaffung einer Informationsfreiheitssatzung für die Stadt Offenbach und ihre Ämter und Betriebe anzuregen.

Anfang April 2019 haben die Landkreise Groß-Gerau und Darmstadt-Dieburg eigene kommunale Informationsfreiheitssatzungen geschaffen. Da Ihnen diese möglicherweise nicht bekannt sind; hier finden Sie sie im Wortlaut:

**Groß-Gerau:** [https://www.kreisgg.de/fileadmin/Buero\\_Landrat/Kreistagsbuero/Satzungen/Informationsfreiheitssatzung.pdf](https://www.kreisgg.de/fileadmin/Buero_Landrat/Kreistagsbuero/Satzungen/Informationsfreiheitssatzung.pdf)

**Darmstadt-Dieburg:** <https://www.ladadi.de/politikinfo/getfile.php?id=127639&type=do&>

Menschen, die vom Handeln städtischer Ämter, Betriebe und Einrichtungen im Offenbach betroffen sind, haben aber wg. der Ausnahmeregelung in § 81 Abs. 1 Ziffer 7 HDSIG weiterhin keine Rechtsgrundlage, um Informationen über deren Richtlinien, Arbeitsanweisungen und anderes zu erhalten. Nicht nur (aber vor allem) für Menschen die in einem Rechtsverhältnis zu Ämtern und Betrieben der Stadtverwaltung Offenbach stehen, ist dies ein nicht hinnehmbarer Mangel. Deutlich wird dies insbesondere an den Konflikten, die sich am Verwaltungshandeln der **MainArbeit**, des kommunalen Jobcenters der Stadt Offenbach, entzünden und die immer wieder auch öffentliche Aufmerksamkeit hervorrufen. Hier wäre Transparenz und Offenheit in vielen Fällen Grundlage für eine Entschärfung und/oder Versachlichung von Konflikten.



**Wir möchten Sie daher auffordern, umgehend prüfen zu lassen, ob eine Transparenzsetzung für die Stadt Offenbach möglich ist und bei positivem Ergebnis mit der Erarbeitung umgehend zu beginnen. Andernfalls ist mit der Erstellung einer Informationsfreiheitssatzung zu beginnen.** Diese Satzung darf mit ihren Standards nicht hinter den Regelungen des HDSIG zurückfallen; wo es rechtlich möglich ist, sollte die Offenbacher Informationsfreiheitssatzung über die Regelungen im HDSIG hinausgehen.

Mit freundlichen Grüßen

**dieDatenschützer Rhein Main** (<https://ddrm.de/>)

gez. Helga Röller

gez. Kurt Müller

gez. Walter Schmidt

*dieDatenschützer Rhein Main sind*

- eine Gruppe des Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (<http://vorratsdatenspeicherung.de/>),
- Partner der Aktion: „Stoppt die e-Card!“ (<http://www.stoppt-die-e-card.de/>),
- Partner des Bündnis „Demokratie statt Überwachung“ (<https://www.demokratie-statt-ueberwachung.de/>),
- Partner des Frankfurter Bündnis gegen TTIP, CETA und TISA (<https://ttipstoppenffm.wordpress.com/>) und
- Partner der „Initiative Finanzplatz Frankfurt“ (<https://ddrm.de/wp-content/uploads/IFiF-Verfassung-201605.pdf>).

*Hervorgegangen ist die Gruppe aus der Volkszählungsbewegung „11gegenZensus11“.*

*Die aktuellen Arbeitsschwerpunkte sind ein unabhängiges Frankfurter Datenschutzbüro, die Videoüberwachung des öffentlichen Raums und von politischen Aktivitäten (Demonstrationen und Kundgebungen), die elektronische Gesundheitskarte, die Vorratsdatenspeicherung sowie weitere Datenschutzthemen.*